

Pugwash — Weltpolitik im Zeichen der Wissenschaft

I

Der Wissenschaftler ist aus der Küche der Weltpolitik nicht mehr wegzudenken. Physiker und Chemiker konstruieren Massenvernichtungswaffen, Völkerrechtler arbeiten internationale Verträge aus, Soziologen helfen Wahlen gewinnen, Experten der politischen und ökonomischen Wissenschaften beraten ihre Regierungen vor jedem neuen Schritt.

Die Verantwortung des Wissenschaftlers für die Zukunft der Menschheit ist gewaltig geworden. Gleichzeitig wird der Wissenschaftler aber immer mehr zum Werkzeug undurchschaubarer politischer Kräfte. Der Kampf ums Brot und um die Möglichkeit der beruflichen Entfaltung verhindert den Zusammenschluß der geistigen Elite. Die berufliche Freiheit wird mit politischer Abhängigkeit erkaufte. Neue Wissenschaftlergenerationen drängen nach oben. Eine Revolution gegen diese geistige Ausbeutung fand nach dem Abwurf der ersten Atombombe statt: zahlreiche Kernforscher, wie *Einstein*, *Born*, *Oppenheimer*, *Cockroft*, brachen aus der ihnen auferlegten Geheimhaltung aus und traten vor die Öffentlichkeit. Sie nahmen Verfolgungen in Kauf. Genützt hat es nicht viel. 1955 redigierte *Bertrand Russell* ein Manifest, in dem er auf die drohenden Gefahren hinwies und an das Verantwortungsgefühl aller Wissenschaftler appellierte. *Albert Einstein* setzte zwei Tage vor seinem Tod als erster seinen Namen unter den Appell; ihm folgten *Max Born*, *Frédéric Joliot-Curie*, *Leopold Infeld*, *Linus Pauling* und eine Reihe anderer. Aus dem *Russell-Einstein-Manifest* entwickelte sich in kurzer Zeit eine internationale Bewegung. 1957 fand in der abgelegenen kanadischen Ortschaft *Pugwash* die erste Konferenz der führenden Wissenschaftler aus West und Ost statt — die *Pugwash Conference on Science and World Affairs*.

Der Kalte Krieg war damals noch in vollem Gange, und es brauchte einigen Mut, dieses Unternehmen zu starten. Das schlechte Gewissen der Atombombenväter trug dazu bei, die Bewegung auch in der Epoche der relativen Entspannung nicht absterben zu lassen. Im Gegenteil: Die *Pugwash*-Konferenzen sind heute solid etabliert und einflußreicher denn je. Nur die Schwerpunkte haben sich etwas verschoben. Was vor zehn Jahren als eine Art Protestbewegung begann, ist ein internationales Forum geworden, auf dem die führenden Wissenschaftler und Regierungsberater abseits der großen Publizität — Journalisten sind bestenfalls geduldet — ihre Pläne testen können, bevor sie in die offizielle Politik der einzelnen Staaten aufgenommen werden. Die Ideen des Atomsperrvertrags, des Verbots der Atomversuche, des „heißen Drahts“ zwischen Moskau und Washington brodelten zuerst in dieser Küche der Weltpolitik.

II

An der 17. *Pugwash*-Konferenz, die vom 3. bis 8. September 1967 im einzigen Hotel der kleinen südschwedischen Kurstadt *Ronneby* stattfand, nahmen bereits über 200 Wissenschaftler aus etwa 40 Staaten teil. Die Sowjetdelegation rückte mit Namen wie *Kapitza*, *Arzimowitsch*, *Jemeljanow*, *Millionschtschikow*, *Tupolew*, *Gryslow* an. Auch die Amerikaner, Briten, Franzosen und Japaner ließen sich nicht lumpen. Aus der Bundesrepublik kamen die Professoren *Menzel*, *Kliefoth*, *Friedrich-Freska* und *Raiser*; aus der DDR die Professoren *Wünsche*, *Kröger* und *Lösche*. Die Diskussion wurde neben dem Konferenzplenum in sieben Arbeitsgruppen geführt, wobei in jeder Gruppe sowohl auf fachliche Qualifikation wie auf geographische und politische Ausgewogenheit Wert gelegt wurde.

Rüstungskontrolle, Friedenserhaltung und Sicherheit, neue Wege zur Abrüstung, internationale Zusammenarbeit, Technologie und Entwicklung, die besondere Verantwortung des Wissenschaftlers, gegenwärtige Konflikte und ihre Lösung lauteten die einzelnen Titel. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden anschließend vom Konferenzplenum durchgesprochen und von einem Redaktionsausschuß in einem Schlußbericht zusammengefaßt. Wenngleich es als ausgemacht gilt, daß alle Pugwash-Teilnehmer ihre Meinungen als Privatpersonen abgeben, steht außer Zweifel, daß die Schlußfolgerungen der Arbeitsgruppen Hinweise liefern, über welche Fragen sich die Regierungen in absehbarer Zukunft einigen könnten.

III

Der Schatten Vietnams und des Nahostkonflikts lagerte schwer über der Konferenz. Wenn sich nach kurzer Diskussion das Embryon eines Lösungsversuchs für den Vietnamkrieg herauschälte, so erbrachte der Meinungsaustausch über den arabisch-israelischen Kriegszustand keinerlei Ergebnis. Offensichtlich ist die Wunde noch zu frisch und die Teilnehmer aus Osteuropa verteidigten entschlossen die offiziellen Auffassungen ihrer Regierungen. Ganz allgemein konnte man sich einigen, daß schon eine „De-Eskalation“ der bestehenden Konflikte ein Schritt zur Schaffung einer besseren Atmosphäre in den internationalen Beziehungen wäre. In diesem fast beiläufig eingeschobenen Satz widerspiegelt sich das ganze Dilemma der kommunistischen Staaten zwischen dem Wunsch nach einem Arrangement mit dem Westen und den Beistandspflichten gegenüber ihren Verbündeten — mit dem kompromißlosen China im Hintergrund. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjetunion heute weniger als in der Vergangenheit abgeneigt ist, den Vereinten Nationen größere Befugnisse für Friedensmissionen zu übertragen.

So schwierig Vietnam breitere Ost-West-Verhandlungen macht — an der Pugwash-Konferenz brauchte nicht sehr lange darüber diskutiert zu werden. Die Empfehlung an die betroffenen Regierungen ist nicht besonders originell, aber wahrscheinlich der einzige gangbare Weg zur Beendigung des Krieges und zur Stabilisierung ganz Südasiens:

1. bedingungslose Einstellung der Bombardierung Nordvietnams, 2. Verhandlungen zwischen den kriegsführenden Parteien (Vietkong einbezogen) über einen Waffenstillstand und den Abzug aller Fremdstuppen, 3. Lösung der innenpolitischen Probleme Südvietnams in Verhandlungen zwischen den politischen Gruppen ohne fremde Einmischung, 4. Einberufung einer internationalen Südostasienskonferenz.

IV

Die lokalen Konflikte beherrschen wohl das Tagesgeschehen, aber die Aufgabe unseres Jahrhunderts liegt zweifellos in der *Einstellung des Wettrüstens* und in der Annahme des *Gewaltverzichts* in internationalen Konfliktsituationen. „Rüsten bedeutet, nicht den Frieden, sondern den Krieg bejahen und vorbereiten. Man wird also nicht in kleinen Schritten abrüsten, sondern auf einmal oder gar nicht.“ Also schrieb *Albert Einstein* anno 1932. Die Geschichte hat seine Ansichten bisher nicht dementiert. Nachdem die allgemeine und vollständige Abrüstung noch utopisch scheint, haben sich die Politiker und Experten auf Verhandlungen über sogenannte Teilmaßnahmen konzentriert, mit dem Erfolg, daß sich trotz einiger Verträge die Spirale des Wettrüstens ungehindert weiterdreht. Diesen Fragenkomplex, bei dem wie bei einem Eisberg nur die Spitze zu sehen ist, stand in Ronneby im Mittelpunkt des Meinungsaustausches. Die wirtschaftlichen, politischen, soziologischen Erfordernisse und Rückwirkungen eines Abrüstungsprozesses lassen sich vorerst bestenfalls ahnen. Dabei ist die Zweckmäßigkeit des bisher Erreichten unbestritten — nur ist es jeweils zu spät und zu wenig. Das Moskauer Abkommen über das Verbot der Atomversuche in der Atmosphäre, auf dem Boden und

unter Wasser, der Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraums, die weitgehende Annäherung in den Atomsperrvertragsverhandlungen schufen etwas mehr Vertrauen und haben einen Prozeß des Umdenkens eingeleitet. Aber der wirkliche Durchbruch der Idee „Sicherheit durch Abrüstung“ hat noch nicht stattgefunden.

Befinden sich die Abrüstungsverhandlungen, wie sie jetzt geführt werden, auf dem Holzweg? Immer mehr Fachleute bejahen diese Frage. Ein Arbeitspapier des einflußreichsten amerikanischen Spezialisten für Rüstungskontrolle, *Jerome B. Wiesner*, gab in Ronneby den Ton an: „Besteht Hoffnung auf die allgemeine und vollständige Abrüstung?“ Aus dem Aufsatz des engen Beraters *Kennedys*, der auch *Johnson* mit einigen Ratschlägen zur Seite stand, spricht tiefe Enttäuschung. Wiesner erklärt sich von der Erkenntnis deprimiert, wie sehr die internationalen und innenpolitischen Tagesprobleme entscheiden, welche Abrüstungsmaßnahmen unannehmbar sind, selbst wenn ihnen keine ernsthaften militärischen Hindernisse im Wege stehen. Die Probleme des Augenblicks vereiteln die Ausarbeitung einer Sicherheitspolitik auf lange Sicht. Dazu komme, was Wiesner den „Parallax-Effekt“ nennt, nämlich die Überschätzung der Gefahren und die Unterschätzung der Vorteile von Abrüstungsmaßnahmen. „Ich habe den Verdacht, daß sowohl die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion in einem von neutraler Seite entwickelten, völlig ausgewogenen und vorsichtig abgestuften Abrüstungsplan Dinge entdecken würden, die ihn unannehmbar scheinen lassen. Die Einwände beider Seiten würden sich wahrscheinlich wie Spiegelbilder gleichen.“

Ein umfassender Abrüstungsplan scheint Wiesner aus diesen Gründen nicht durchführbar, es sei denn nach einem größeren Atomkrieg und der Zerschlagung der gegenwärtigen politischen Strukturen. Andererseits läßt sich das Ziel — Frieden durch Abrüstung — auch nicht durch kleine Schritte erreichen, weil die Verhandlungsergebnisse ständig hinter der militärischen Entwicklung nachhinken. Die einzige Lösung sieht Wiesner in einem auf das Ziel der kompletten Abrüstung ausgerichteten Plan von Teilmaßnahmen, der in seinen Einzelheiten und in der Zeiteinteilung so biegsam wie möglich gehalten ist. Keine Nation soll der Verpflichtung unterworfen werden, den gesamten Plan von Anfang an zu akzeptieren, sondern die Verhandlungen müssen Schritt für Schritt die Vorteile sichtbar machen, die sich den beteiligten Staaten eröffnen. Als Einleitung schlägt der US-Experte Verhandlungen über die strategischen Angriffswaffen und die Anti-Raketen-Raketen (ABM-Systeme) vor. Aus der Wechselwirkung zwischen Angriffs- und Abwehrwaffen ließen sich auf niedrigster Schwelle Varianten aushandeln, welche die jetzt fragwürdige militärische Sicherheit der Großmächte (und schließlich auch der Nichtatomstaaten) mit weniger Kosten tatsächlich erhöhen würden.

Auch Frau *Alva Myrdal*, schwedischer Kabinettsminister für Abrüstungsfragen, nahm an der Diskussion eine kritische Haltung zu den „Versuchen, Abrüstungspläne in einem politischen Vakuum aufzustellen“, ein. Ihrer Ansicht nach müssen die Bemühungen auf vier Gebieten parallel laufen: Einstellung des Wettrüstens und Schaffung einer Vertrauensbasis; Abschirmung regionaler Konflikte gegen ausländische Interventionen und ausländische Bewaffnung; Verbreiterung der zwischenstaatlichen Abhängigkeit (Interdependence) und Beginn der wirklichen Abrüstung; Aufbau einer künftigen Welt-sicherheitsordnung.

Der sowjetische Kernphysiker *Arzimowitsch*, einer der unabhängigsten Geister seines Landes, kann sich nach seinem Arbeitspapier die Einstellung des Wettrüstens im Moment überhaupt nicht anders vorstellen als durch ein internationales Entwicklungsverbot für neue Waffengattungen, zum Beispiel Todesstrahlen oder bakteriologische Waffen. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre aber eine solche Maßnahme schon wegen des Überwachungsproblems mindestens ebenso schwer durchzuführen wie ein totaler Abrüstungsplan, abgesehen von dem völlig unbefriedigenden Weiterbestehen des atomaren Status quo.

V

Die Experten steckten also die Köpfe zusammen. Ihren Überlegungen entsprang zwar auch kein neuer Abrüstungsplan, aber eine Reihe von Vorschlägen an die Regierungen, wie das schwierige Problem der internationalen Sicherheit unter den gegenwärtigen Umständen angefaßt werden könnte. Da es sich bei dem Schlußbericht der Konferenz um Einverständnisse zwischen allen wichtigen Teilnehmern handelt, ist anzunehmen, daß in diesen Punkten auch Übereinkommen zwischen den wichtigsten Regierungen möglich sind. Insofern erlebten die Konferenzbeobachter die Vorpremiere von Verhandlungen, die in naher Zukunft über, die weltpolitische Bühne gehen werden, wenn nicht... ja wenn nicht kurzfristige Erfordernisse der Tagespolitik — siehe / *B. Wiesner* — wieder einen Strich durch die Rechnung machen. Immerhin ist es ein ermutigendes Zeichen, daß der Krieg in Vietnam und die Nahostkrise spurlos an der letzten Phase der Genfer Abrüstungsgespräche vorübergingen.

Fürs erste empfehlen die Experten der Pugwash-Gruppe den raschen Abschluß des Atomsperrvertrags. Nach eingehender Prüfung aller Aspekte gelangte die Arbeitsgruppe — in der sich unter anderem die Nobelpreisträger *Cockroft* (England) und *Amaldi* (Italien) befanden — zu dem Schluß, daß keiner der gegen den geplanten Atomsperrvertrag vorgebrachten Einwände einer wissenschaftlichen Untersuchung standhält. Es wurde zugegeben, daß der in Genf unterbreitete amerikanisch-sowjetische Vertragsentwurf eine „Asymmetrie“ zwischen den Verpflichtungen der Atommächte und der Nichtatomstaaten aufweist. Dieser Umstand rechtfertigt aber keineswegs die Ablehnung des gesamten Vertragswerks. Die Befürchtungen wegen des Kontrollsystems schienen den Wissenschaftlern übertrieben. Nichtsdestoweniger wird vorgeschlagen, die Inspektionen sollten so unaufdringlich wie möglich sein und sich eventuell auch auf die friedliche Atomtätigkeit der *Atomkräfte* erstrecken. Die Forderung auf Verkettung des Atomsperrvertrags mit Abrüstungsmaßnahmen wird dagegen als ein Fehler betrachtet. Der Abschluß des Vertrags an sich würde zur Schaffung eines besseren Klimas für Abrüstungsschritte beitragen.

Überraschenderweise schloß sich auch der Leiter der französischen Atomenergiebehörde, Prof. *Perrin*, im wesentlichen den Schlußfolgerungen der Arbeitsgruppe an. Obwohl die Regierung in Paris kein Geheimnis daraus macht, daß sie dem Atomsperrvertrag nicht beitreten wird, befürwortete der führende Atombeamte Frankreichs hinter verschlossenen Türen die Bemühungen um die Nichtweiterverbreitung der Atomwaffen. Perrins Stellungnahme, auch wenn sie vor einem privaten Forum abgegeben wurde, erhärtet die These, daß Frankreich nach einem Gentlemen's Agreement dem Vertragsabschluß keine Schwierigkeiten in den Weg legen will.

VI

Gleichzeitig mit dem Abschluß des Atomsperrvertrags sollten die Großmächte jedoch zumindest ihre Bereitschaft bekanntgeben, in ernsthafte Gespräche über weitere Maßnahmen der Rüstungskontrolle einzutreten. Vordringlich soll der Moskauer Teststop durch das Verbot der unterirdischen Atomexplosionen vervollkommen werden. Die Wissenschaftler behaupten, daß die technischen Möglichkeiten einer Vertragskontrolle ohne Inspektionen am Ort der vermuteten unterirdischen Explosion jetzt gegeben sind. An der Genfer Abrüstungskonferenz lehnten die USA bisher einen Vertrag ohne Kontrollinspektionen ab, die Sowjetunion dagegen betrachtete die nationalen Seismographennetze als ausreichend. Über diese technischen Meinungsverschiedenheiten einigte man sich stillschweigend, die Atomversuche weiterzuführen . . .

Ebenfalls mit höchster Dringlichkeit werden Washington und Moskau aufgefordert, die Möglichkeiten der gekoppelten Verringerung sowohl der ABM-Raketenabwehr-

Systeme wie der strategischen Offensivwaffen zu untersuchen. Als eine weitere „interessante Möglichkeit“ der Rüstungskontrolle wurde eine Internationalisierung des Meeresgrundes und das Verbot seiner militärischen Nutzung eingestuft.

All diese Ideen hatten bereits ihr diplomatisches Vorspiel. Bei den Verhandlungen in Genf stehen die Atommächte unter starkem Druck, sofort nach Abschluß des Atomsperrvertrags die Einstellung aller Kernwaffenversuche zu beschließen. Diese Frage hängt eng mit dem Ausgang der vor einem Jahr in Moskau begonnenen Vorverhandlungen über einen Verzicht auf Raketenabwehrsysteme zusammen. Die Sowjetunion baut an solchen Abwehrgürteln um ihre Großstädte und Industriezentren bereits seit einiger Zeit; Washington hat jetzt die Errichtung eines „dünnen“ Abwehrnetzes, in Auftrag gegeben. Zur Bestückung der Abfangraketen braucht es Atomsprengköpfe mit genau begrenzter Wirkung, die noch ungenügend getestet sind. Die Moskauer Gespräche kamen ins Stocken, weil die Amerikaner nur über Abwehrwaffen, die Sowjets dagegen auch über Interkontinentalraketen verhandeln wollen. In seiner Rede vom 18. September 1967 in San Franzisko hat sich US-Verteidigungsminister *McNamara* den sowjetischen Forderungen insofern angenähert, als er das sofortige „Einfrieren“ der Abwehr- und Angriffswaffen auf ihrem gegenwärtigen Stand und ihre „spätere Verringerung“ vorschlug. Die Sowjetunion wollte aber bisher von einem Einfrieren der Waffenarsenale unter der von den Amerikanern verlangten Kontrolle nichts wissen.

VII

Eine vertragliche Freihaltung des Meeresgrundes von militärischen Installationen wäre nur die logische Fortsetzung des Vertrags über die friedliche Nutzung des Weltraums. Der amerikanische Senator *Pell* hat am 1. Oktober 1967 diese neue Pugwash-Idee bereits öffentlich zur Debatte gestellt. Noch nicht in die Politik der Großmächte eingepflanzt ist dagegen ein Verbot der *bakteriologischen Waffen*. Durch Indiskretionen wurde bekannt, daß die Vereinigten Staaten schon 1964 für derartige Forschungszwecke 150 Millionen Dollar flüssig machten. Andere Staaten stehen nicht nach. Wohl stellt vorläufig die Atombombe noch immer die handlichste Massenvernichtungswaffe dar. Da aber bekanntlich der Fortschritt nicht aufzuhalten ist, dürfte bald der Zeitpunkt kommen, wo sich selbst Kleinstaaten mit der heimtückischen und billigen Mikrobenwaffe ausrüsten können.

Die Pugwash-Konferenz beschäftigt sich mit diesem Problem schon seit einigen Jahren. In Ronneby lag nun erstmals ein 80 Seiten starker Bericht über die völkerrechtlichen Aspekte eines Erzeugungs- oder Anwendungsverbots für bakteriologische Waffen vor. Ein wirksames Erzeugungsverbot scheint den meisten Wissenschaftlern undurchführbar, weil die spezialisierten Laboratorien ebensogut für militärische wie für medizinische Zwecke deklariert werden können. Eine Unterscheidung ist unmöglich. Ernsthaft ins Auge gefaßt wurde deshalb ein internationaler Vertrag nach dem Muster der Genfer Konvention von 1925 über die Nichtanwendung von Giftgasen. Darüber hinaus soll der angeregte Vertrag auch die Weitergabe von chemischen und biologischen Waffen unterbinden.

VIII

In diesem weltpolitischen Rahmen sind mit den „Rechtspositionen“ der Bundesrepublik in der Deutschlandfrage keine Blumentöpfe mehr zu gewinnen. Dies wurde vielleicht noch nie so offensichtlich als in Ronneby. In dem Bericht der Arbeitsgruppe für Friedenserhaltung, der anschließend ohne Diskussion vom Konferenzplenum genehmigt wurde, heißt es unumwunden: „Die Arbeitsgruppe kam überein, daß alle gegenwärtigen europäischen Grenzen, einschließlich der Grenze zwischen den beiden deutschen

Staaten und in Berlin, anerkannt werden sollten, daß beide deutsche Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen werden sollten und daß es für die europäische Sicherheit wichtig wäre, wenn alle Staaten die DDR anerkennen würden, ohne dadurch die Zukunftsmöglichkeit einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu präjudizieren."

Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik hatten darum gekämpft, eine für Bonn weniger schmerzhaft Formulierung durchzusetzen. Viel mehr als das Recht Deutschlands auf Wiedervereinigung ist aber heute vor einem ehrlichen internationalen Forum nicht mehr herauszuholen. Alle Argumente gegen eine De-Facto-Anerkennung der DDR und der Nachkriegsgrenzen Europas werden durch die Realitäten und den Wunsch aller Staaten nach Sicherheit vom Tisch gewischt. Die Bemühungen der meisten Regierungsberater und Politiker gehen eindeutig in Richtung auf ein gesamteuropäisches Vertragssystem, das sich auf dem geographischen Status quo gründet und ein Organ zur Lösung der offenen Fragen und zur Schlichtung von Konflikten beinhaltet.